

# Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

Austrian Journal of Development Studies

## Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den  
Österreichischen Universitäten

Projekt Institut für Internationale Entwicklung /

Zentrum für überfachliche Forschung der Universität Wien

## Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer,  
Margit Franz, Irmi Hanak,

Franz Kolland (verantwortl.), René Kuppe, Brita Neuhold,

Andreas Novy, Herwig Palme,

Christof Parnreiter, Kunibert Raffer,

Andreas Schedler, Walter Schicho,

Anselm Skuhra, Sandra Zech

## Board of Editors:

John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig),

Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda),

Peter Jankowitsch (Paris), Friedrich Katz (Chicago),

Helmut Konrad (Graz), C. T. Kurien (Madras),

Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur),

Dieter Rothermund (Heidelberg),

Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston),

Oswaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Brandes & Apsel / Südwind

Auf Wunsch informieren wir regelmäßig über das Verlagsprogramm sowie die Beiträge dieser Zeitschrift. Eine Postkarte an den Brandes & Apsel Verlag, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M. genügt. Oder per e-mail: **Brandes-Apsel@t-online.de** genügt. Nähere Informationen über bisher erschienene Hefte (Schwerpunkte, Beiträge etc.) erhalten Sie auch direkt unter folgender Internet-Adresse:  
**<http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/jep>**

Gefördert aus öffentlichen Mitteln

Österreichische  
Entwicklungszusammenarbeit

# **Journal für Entwicklungspolitik (JEP)**

ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich  
Heft 2/2000; XVI. Jg.

Preis des Einzelhefts: DM 19,80 / öS 120,- / sFr 21,-

Preis des Jahresabonnements: DM 79,- / öS 480,- / sFr 72,-

Abonnementsbezug für Deutschland, Schweiz u. a.:

Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M.

Abonnementsbezug nur für Österreich:

Südwind-Buchwelt Buchhandelsbes. m. b. H., Baumgasse 79, A-1034 Wien

Redaktionsadresse:

Journal für Entwicklungspolitik, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien

E-mail: [int-entwicklung@univie.ac.at](mailto:int-entwicklung@univie.ac.at)

1. Auflage 2000

© by Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33,

D-60385 Frankfurt a. M.

Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion und des Verlages. Das gilt insbesondere für Nachdrucke, Bearbeitungen und Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in allen Arten von elektronischen und optischen Systemen, der öffentlichen Wiedergabe durch Hörfunk-, Fernsehsendungen und Multimedia sowie der Bereithaltung in einer Online-Datenbank oder im Internet zur Nutzung durch Dritte. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Maltersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien. Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die Autoren bzw. die Redaktion.

Umschlaggestaltung: Volker Plass, Wien

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien/A-5026 Salzburg

Druck: Difo-Druck OHG, Bamberg, Deutschland

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfrei gebleichtem Papier

ISSN 0258-2384

## **JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK, XVI. Jg., Heft 2, 2000** Austrian Journal of Development Studies

### **Afrika: Bilanz und Perspektiven**

#### **Schwerpunktreakteure: Robert Kappel und Ulf Engel**

|  |     |
|--|-----|
| <b>Artikel</b>   |     |
| Editorial  | 109 |
| Gero Erdmann   |     |
| Hoffnung für die Demokratisierung in Afrika? Stand und Perspektiven                                      | 111 |
| Robert Kappel  |     |
| Begründungen für die lang anhaltende Wachstumsschwäche in Afrika   | 129 |
| Cord Jakobett  |     |
| Afrikanische Diskussionen zur Entwicklung des Kontinents – das Beispiel „African Renaissance“            | 149 |
| Ulf Engel  |     |
| Halbzeitbilanz: Wandel und Kontinuität deutscher Afrikapolitik unter der rot-grünen Regierung, 1998–2000 | 161 |
| Andreas Mehler   |     |
| Krisenprävention als neues Paradigma deutscher Afrikapolitik   | 175 |
| <b>Weitere Artikel</b>   |     |
| Andreas Novy   |     |
| Geld ist eine Waffe, die den Gegner verwirrt   | 189 |
| Waltraud Schekle   |     |
| Geldpolitik, Währungsstabilität und Entwicklung  | 209 |
| <b>Rezension</b>   |     |
| Über Autoren und Autorinnen  | 233 |
| Über Autoren und Autorinnen  | 236 |
| Informationen für Autoren und Autorinnen   | 237 |

Andreas Novy

**Geld ist eine Waffe, die den Gegner verwirrt**

„The study of money, above all other fields in economics, is the one in which complexity is used to disguise truth, not to reveal it.“  
(Galbraith 1995: 3)

„Geld ist eine Waffe, die den Gegner verwirrt“, so beschrieb Marques-Pereira (1998: 142) im *Journal für Entwicklungspolitik* 2/98 die Orientierungslosigkeit, mit der Südamerikas Linke mitansehen mußte, wie die Demokratisierung der 80er Jahre einem sozialpolitischen Fiasko den Weg bereitete. Nicht nur in Südamerika und nicht nur in den 80er Jahren, sondern immer wieder zieht das Establishment aus der Verwirrung über Wesen, Funktion und Mächtigkeit von Geld Nutzen; es vernebelt die eigenen Bereicherungsstrategien und lenkt die Aufmerksamkeit auf Nebenschauplätze. Gerade die Verharmlosung der Geldpolitik, die darauf beruht, geldbezogene Zusammenhänge auf simple Natursetzlichkeiten bzw. Mechaniken zurückzuführen, leistet dem Status Quo der Macht- und Vermögensverteilung den besten Dienst. NGOs sind gezwungen, jeden Schilling genau abzurechnen, kein Geld im Süden versanden und keine Ressource ungenutzt zu lassen. Tausende Schilling, vielleicht sogar Millionen können so eingespart werden. Doch mit einer einzigen Abwertung, wie sie Brasilien z.B. Anfang 1999 durchmachte, verändern sich Vermögensbestände über Nacht um 30%, steigt die Staatsverschuldung um zig-Milliarden Dollar und reduziert sich die Kaufkraft im Ausland dramatisch. Die Erhöhung der US-amerikanischen Leitzinsen um ein Prozent erhöht den Zinsendienst der Peripherie binnen kurzer Zeit um viele Milliarden Dollar, waren doch fast 40% der 262 Mrd. US\$, die die Entwicklungsländer 1996 an Schuldendienst zu zahlen hatten, Zinszahlungen (Küblböck 1999: 269). Trotzdem kreist die entwicklungspolitische Diskussion vorrangig um reale Probleme, monetäre scheinen bloß für die wenigen Wissenden einsichtig. Bei ersteren orten wir Handlungsmöglichkeiten, das zweite entzieht sich der emanzipatorischen Entwicklungspolitik – oder so scheint es manchmal. Doch nicht nur in Brasilien, wo die Landeswährung Real heißt, verschleierte das Gegensatzpaar von monetär – real oftmals die Wirklichkeit.

**1. Was ist Geld und was kann es?****1.1 Geld – bloß ein Schleier und doch so wichtig**

Nur schwer erwehre ich mich des Eindrucks, daß engagierte TheoretikerInnen und PraktikerInnen in der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) dem Geld seit-

**WIDERSPRUCH**

Beiträge zur  
sozialistischen Politik

**39****Rechtspopulismus –  
Arbeit und Solidarität**

Unternehmerische Arbeitskraft, Eigenverantwortlichkeit und ihre Risiken; Ende der Solidarität im Aktionärskapitalismus; Sozialstaatskrise, Frauen und Umverteilung; Lohnflexibilisierung, Leistungslohn; Neue Mitte, Krise von Rotgrün und Strategien linker Politik in Westeuropa

W. Schöni, M. Kuhlmann, M. Schumann, K. Dörre,  
M. Vester, G. Notz, W. Eberle, H. Schäppi, F.O. Wolf

**Diskussion**

J. Lang: Blocher, SVP und Nationalkonservatismus  
F. Schandl: FPÖ – ein postfaschistisches Projekt  
M. Züfle: Halders Psychopolitik  
N. Paech: Europäische Wertegemeinschaft und Krieg  
W.-D. Narr: NATO-Krieg und „Aufruf zur Fahnenflucht“

204 Seiten, Fr./DM 21.– (Abonnement 36.–/38.–)  
zu beziehen im Buchhandel oder bei  
**WIDERSPRUCH**, Postfach, CH-8026 Zürich  
Tel./Fax 01 - 273 03 02  
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

sam ambivalent gegenüberstehen. Zum einen wissen alle in Süd und Nord, daß sich Politik zentral ums Geld dreht. Zum anderen erscheint Geldtheorie als allzu weit weg von realen, sprich wirklichen, Problemen. Auch für die, die ein wirtschaftswissenschaftliches Studium absolvierten und die Logik neoklassischen Argumentierens verinnerlicht, ist Geld bloß ein Schleier, der sich über die „wirklichen“, die realen ökonomischen Prozesse legt. Für den Buchhalter in einer Genossenschaft oder den latino-begeisterten Philosophen ist Geld wiederum so allgegenwärtig und banal, daß eine eingehendere Beschäftigung als wirklichkeitsfremdes Sandkastenspiel gedeutet wird. In der Tat treffen sich der wirtschaftswissenschaftliche Mainstream, die engagierte EZA-Szene und der gesunde Hausverstand gerade in Bezug auf das Geld immer wieder. Denn auch die KritikerInnen des entwicklungspolitischen Mainstreams haben ihre eigene Schleiertheorie: monetäre Aspekte von Entwicklung, wie Inflation oder Abwertungen, „verschleiern“ bloß die dahinterliegenden wirklichen Probleme. Sie lenken bloß ab von der moralisch außer Streit gestellten Sorge um die Ärmsten, die Frauen und die Umwelt. So beobachteten wir bis vor kurzem eine Auseinandersetzung zwischen Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF), wobei die ersteren die *good guys* zu sein vorgaben, in dem sie auf die Wichtigkeit einer realen Entwicklung von Wachstum, Arbeitsplätzen und Sozialpolitik hinwiesen, während letztere die Vernünftigen mimten, die die monetären Beschränkungen jedes sozialpolitischen Engagements betonten. Daß es sich hierbei um einen falschen Widerspruch handelt, wird im Laufe des Artikels klarer werden. Um diesen Widerspruch an sich aber aufzeigen zu können, müssen die Gemeinsamkeiten des Zugangs von Währungsfonds und Weltbank, aber auch eines Großteils der NGO-Gemeinschaft herausgearbeitet werden, welche im Verständnis des Geldes als eines neutralen Mediums wurzelt. Sowohl die, welche es begrüßen, daß am Beginn des neuen Millenniums kapitalistische Marktwirtschaften die global unbestrittene Organisationsform von Wirtschaft und Gesellschaft sind, als auch die, die diese Ordnung ablehnen oder zumindest eine tiefe Skepsis gegen ihren universellen Segen hegen, hängen diesem Glauben an die vermeintliche Neutralität des Geldes an. Eine kritische Entwicklungstheorie muß diesen seitensamen Sachverhalt selbst zum Gegenstand der Reflexion machen. Warum spielen monetäre Probleme und monetär ausgerichtete Institutionen wie der IWF eine dermaßen große Rolle im Entwicklungsprozeß, wenn Einigkeit darüber zu herrschen scheint, daß Geld bloß ein Schleier über den realen Vorgängen sei? Dieser kurze Artikel beabsichtigt eine kleine Hinführung zur Geldpolitik, wobei die Einbettung dieser Geldpolitik in Ökonomie und Politik der Entwicklungsländer in einer historischen Perspektive im Vordergrund steht. Aus dieser Perspektive heraus sind Entwicklungsländer in einer peripheren Lage in der Weltwirtschaft, weil sie Schuldnerländer sind. Sie müssen ans Ausland Geld in ausländischer Währung transferieren, weshalb die Höhe des Schuldendienstes nicht von den nationalen Entscheidungsträgern festgelegt wird. Detailliertere und profundere Überlegungen zur gegenwärtigen entwicklungspolitischen Diskussion über Geld finden sich im Artikel von Schelke in diesem Heft.

## 1.2 Die uralten Wurzeln des Neo-Liberalismus

„Economists are economical, among other things, of ideas; most make those of their graduate days do for a lifetime“  
(Galbraith 1995: 231)

Der Neo-Liberalismus basiert in vielerlei Hinsicht auf uralten Ideologien. Während die Mechanik in der Physik heftig kritisiert wird, erklärt er die soziale Welt über ein simple Mechanik von Angebot und Nachfrage. Während tagtäglich der enge Zusammenhang von Politik und Ökonomie erlebbar und in den Zeitungen nachlesbar ist, behauptet er eine Eigendynamik des Ökonomischen, die nur deshalb nicht optimal ist, weil die Politik dieses selbststeuernde System durch einander bringe. Und schließlich basiert die neoliberale Geld- und Währungspolitik auf der nun schon 200 Jahre alten Quantitätstheorie des Geldwerts (vgl. Galbraith 1995: 21 ff). Demnach ergibt sich der Wert des Geldes aus der Menge an Geld, die in Umlauf gesetzt wird. Am leichtesten läßt sich die Quantitätstheorie in der Welt des Goldstandards darstellen, als Gold Geld war: ein Goldstück werde an sich gegen 20 kg Reis getauscht; doch plötzlich wird eine Goldmine gefunden, es gibt doppelt so viel Gold, mit dem aber nur die gleichegebliebene Menge an Waren gekauft werden kann. Der Wert des Goldes sackt im Verhältnis zum Reis auf die Hälfte; mit einem Goldstück können nur noch 10 kg Reis gekauft werden. Die Preisentwertung des Goldstücks und damit des Geldes verdankt sich keinen realen Veränderungen, sondern einzig einer Verdopplung der verfügbaren Geldmenge. Nun sind solche abrupten Änderungen der verfügbaren Goldmenge in der idealisierten Welt des Goldstandards eher selten, weshalb das Austauschverhältnis von Gold und Waren, d.h. das Preisniveau konstant gehalten werden kann. Inflation und damit die Entwertung von Waren und Vermögen wird so verhindert; der innere Wert des Geldes bleibt stabil. Geld als Gold ist demnach gesundes Geld mit einem stabilen Wert. Nun gilt das gleiche nicht für Papiergeld, und viele Schuldnerländer können ein Lied davon singen, was passiert, wenn Notenbanken die Geldmenge beliebig erhöhen. Der Wert des Geldscheines und damit vom Landesgeld an sich wird schrumpfen, Inflation wird die Folge sein. Genau dieser willkürliche Geldmengenschöpfung durch Geldpolitiker galt der zuletzt so erfolgreiche Kreuzzug der Monetaristen. Die Notenbanken müssen, so die politische Lehre aus der Schleiertheorie, gehindert werden, zuviel Geld auf den Markt zu bringen, weil sonst die Quantitäten von Geld und Waren nicht länger zueinander passen. Nun bildete historisch das Gold so einen Wertmaßstab, gemäß der vorherrschenden Theorie könnten auch Silber, Tabak, Kaurimuscheln oder eben vom Staat bedruckte Papiere diese Rolle eines allgemein akzeptierten Tauschmittels einnehmen. Als an sich wertlos – und insofern bedeutungslos – symbolisiert Geld bloß Werte; niemand strebe damit nach Geld, sondern einzig nach den dahinterliegenden realen Werten, die mittels Geld erwerbbar sind.

Der IWF folgt in seiner Geldpolitik diesem wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream, wonach Geld deshalb Probleme verursacht, weil es eben nicht



neutral einzig als Zahlungsmittel und Wertmaßstab eingesetzt wird, sondern durch die Politik manipuliert werde. Wäre Geld neutral, so das Credo der Orthodoxie – sprich: das Glaubensbekenntnis der rechtgläubigen ökonomischen Lehrmeinung – wäre es bloß ein Schleier und unwichtig (Schelkle 1995: 12). In der unvollkommenen Welt, in der wir uns alle, aber vor allem die Entwicklungsländer, befinden, verfügt die Politik noch über viel zu viel Einfluß, weshalb sie immer wieder Störungen im Wirtschaftsablauf hervorruft. Sie nehme diskretionäre, d.h. willkürliche und einmalige Eingriffe vor, anstatt bloß fixe Regeln zu administrieren. Erst wenn Geld von der Politik unbeeinflusst von kompetenten Ökonomen nach den Gesetzmäßigkeiten des Marktes, d.h. den Regeln von Angebot und Nachfrage, gesteuert werde, könne Geld den realen Prozessen gegenüber neutral werden und das bestmögliche Funktionieren der Marktwirtschaft ermöglichen. Daher gehört die Forderung nach Autonomie der Notenbanken – ein anderes Wort für die Entdemokratisierung der Geldpolitik – in jedes Konzept von *good governance*, bei der Demokratisierung an sich einen Grundpfeiler bildet.

Geldpolitik zielt auf die Stabilisierung des inneren Wertes des Geldes, während Währungspolitik den äußeren Wert, d.h. den Wechselkurs, im Auge hat. Währungspolitik ist daher die monetäre Seite der Außenwirtschaftspolitik, welche buchhalterisch in der Zahlungsbilanz ihren Ausdruck findet. Die Zahlungsbilanz eines Landes registriert Ein- und Ausgänge über die Grenzen des Währungsraums hinaus. Weist sie ein Defizit auf, so reduziert dies Währungsreserven (im Goldstandard nur Gold, später dann auch in Form von Dollars und – eingeschränkt – anderen harten Währungen). Weist sie einen Überschuf auf, steigen die Reserven. Die Zahlungsbilanz setzt sich aus den Teilbilanzen der Leistungs- und der Kapitalbilanz zusammen, wobei erstere die Handels-, die Kapitalertrags- und die Dienstleistungsbilanz umfaßt (vgl. Tabelle 1). Die Handelsbilanz mißt den Saldo aus Importen und Exporten, die Kapitalertragsbilanz verbucht Zinszahlungen und Gewinnrückflüsse vom und ans Ausland und in die Dienstleistungsbilanz geht vor allem der Tourismus ein. In Schuldnerländern ist die Leistungsbilanz vor allem wegen der Kapitalertragsbilanz chronisch negativ. Ausgeglichen wird die Leistungsbilanz in der Regel über die Kapitalbilanz, in der die Zuflüsse von Kapital, sei es als Kredit oder als Direktinvestition verbucht werden. Im fiktiven Rechenbeispiel, das einer Entwicklungsökonomie nachgebildet ist (vgl. Todaro 1997: chap. 14), weist das Land einen Handelsbilanzüberschuf von 5 Einheiten auf, die es mehr exportiert als importiert. Aufgrund von Gewinnrückflüssen insbesondere von im Land tätigen multinationalen Konzernen und Zinszahlungen ans Ausland ist die Kapitalertragsbilanz mit 30 Einheiten deutlich negativ. Daraus ergibt sich ein Leistungsbilanzdefizit von 25 Einheiten, welches durch Zuflüsse in die Kapitalbilanz ausgeglichen werden mußte. Tatsächlich hat das Land im gewählten Beispiel Glück; es ist ein *emerging market*, der vom Zufluß ausländischer Direktinvestitionen profitiert. Tatsächlich erhöhte sich der Anteil der ausländischen Direktinvestitionen an den gesamten Kapitalflüssen in Entwicklungsländer von 9,8% im Jahre 1980 auf 42% 1996 (Kübböck

1999: 261), um nach der Asien- und Rußlandkrise 1997/98 stark abzufallen. Die Strategien der Investoren in den Zentren, wo sich ja das Kapital konzentriert, bestimmen hierbei die Dynamik an der Peripherie. Fehlen rentable Anlagemöglichkeiten in den Zentren, wie nach 1973 im Zuge der Rezession in den Zentren *Petrodollars* oder Anfang der 90er Jahre im Zuge der Rezession in den Zentrumsökonomien, dann gewinnen die Schuldnerländer als Märkte für Kapitalanlagen an Bedeutung (vgl. Fernández-Arias, Hausmann 2000b: 11). Im vorliegenden Beispiel erwerben kapitalstarke Ausländer Firmen im Inland oder sie errichten eigene Produktionsanlagen im Wert von 20 Einheiten. *Hot money*, d.h. das vielgeschmähte spekulative Kapital, das als kurzfristiges Kapital bestmögliche Veranlagungen sucht, fließt mit 5 Einheiten genau so zu wie langfristig als Kredit gewährtes Kapital. In Summe ist die Kapitalbilanz mit 30 Einheiten im Überschuf, was um 5 mehr ist als das Defizit der Leistungsbilanz; das Schuldnerland ist in der Lage, seine Währungsreserven um 5 Einheiten zu erhöhen.

Tabelle 1: Zahlungsbilanz einer peripheren Ökonomie der 80er und 90er Jahre

|   |     |
|---|-----|
| Handelsbilanz (Gütertausch)                   | + 5 |
| Kapitalertragsbilanz (Gewinnrückfluß, Zinsen) | -30 |
| Dienstleistungsbilanz                         | 0   |
| Saldo der Leistungsbilanz                     | -25 |
| Direktinvestitionen                           | +20 |
| langfristiges Kapital                         | + 5 |
| Kurzfristiges Kapital                         | + 5 |
| Kapitalbilanz                                 | +30 |
| Überschuf (+)/Defizit (-):                    |     |
| Veränderung der Währungsreserven              | + 5 |

Die Zahlungsbilanz, in der die realen und monetären Verflechtungen mit dem Ausland abgebildet werden, engt den Handlungsspielraum von Nationen ein. „Seit England zur ersten Industrialisation aufstieg, haben sich die übrigen Währungsräume nachholend entwickeln müssen. Und seitdem gibt es eine (bewegliche) Hierarchie der Währungsräume. Gläubigerländer bilden ihre Spitze. Ihre Währungen sind diejenigen, die von den Anlegern der Welt präferiert werden, weil sie wertstabil sind und tendenziell aufwerten. Die Anlageentscheidungen führen dazu, daß solche Länder zu einem relativ niedrigen Zinssatz Produktion und Beschäftigung (auch im öffentlichen Sektor, z.B. in der Wissenschaft) finanzieren können. Auf den übrigen Stufen stehen Netto-Schuldnerländer unterschiedlichen Entwicklungsniveaus“ (Schelkle i.E. 342f).

### 1.3 Geld als Institution

Die Theorie, die für eine transdisziplinäre Entwicklungsforschung am relevantesten ist, sieht Geld als eine Institution, ein soziales Verhältnis. Geld ist ein

Regelwerk, ein Zahlungssystem, das eine Marktwirtschaft erst möglich macht (Cartelier 1998: 61). Geld, das mußte schon Robinson Crusoe auf seiner Insel feststellen, besitzt nur in Gesellschaft anderer Menschen Wert. Komplexe Gesellschaften kommen aber nur schwer ohne Geld aus. Nur mit Geld kann ein Wirtschaftssystem über Raum und Zeit organisiert werden, denn Geld ermöglicht das Auseinanderfallen von Tauschakten. In einer Geldwirtschaft kann heute konsumiert und morgen gezahlt werden, kann an einem Ort das Geld hinterlegt und an einem anderen investiert werden. Geld ist nämlich das Medium, das am Anfang und am Ende des Verwertungsprozesses steht, in dem aus Geld im Zuge wirtschaftlicher Transaktionen mehr Geld gemacht werden soll. Dies kann wie im 15., 16. und 17. Jahrhundert mit Hilfe der großen Handelsgesellschaften passieren, oder wie dies ab dem 18. Jahrhundert zunehmend bestimmend wurde, im Zuge der Produktion in Manufakturen und Fabriken erfolgen. Immer aber ist dieser Wirtschaftskreislauf ein Geldkreislauf, der nur erfolgreich abgeschlossen ist, wenn der Investor am Ende der Transaktion wieder Geld in Händen hält. Eine untergegangene Flotte oder nicht abgesetzte Stoffe sind demnach ein Desaster, sie bringen die Wirtschaft zum Stocken, weil der Geldkreislauf unterbrochen ist. Geld ist ein Schlüsselmedium kapitalistischer Gesellschaften. Soll in neuen Räumen eine neue gesellschaftliche Ordnung hergestellt werden, muß ein allgemein akzeptiertes soziales Äquivalent eingeführt werden, wenn es sein muß mit Gewalt. Die Kopfsteuer, mit der die Kolonialmächte Afrika und Asien die Geldwirtschaft aufzwingen, zeigt dies anschaulich. Älteren Münzen, auf denen das Bild des Kaisers oder eine Symbolik der Macht eingeprägt ist, rufen noch optisch in Erinnerung, was später dann verinnerlicht wird: „Geld ist untrennbar mit einem übergeordneten System oder einer Macht verbunden. Jedes monetäre System hat eine Grenze, und zwar die der Akzeptanz des Zahlungsmittels. Der Bereich, in dem das Zahlungsmittel gültig ist, überschneidet sich mit dem Souveränitätsbereich der Institution, die das gesetzliche Zahlungsmittel emittiert. Geld und Souveränität sind folglich eng miteinander verbunden“ (Cartelier 1998: 96). Wenn in Hotels in Lateinamerika lieber der Dollar als die Landeswährung angenommen wird, dann sagt dies einiges über die eingeschränkte Souveränität der formalen Machthaber und vermeintlich Verantwortlichen für politisches Versagen. Die Souveränität der Machthaber endet an der Grenze ihres Währungsraumes, im Raum globalen Wirtschaftens zählt politische Macht dann nur insofern, als die eigene Währung dort auf Anerkennung stößt. „In diesem Sinn bestätigt die Tatsache, daß man eigentlich nicht von internationaler Währung sprechen kann, die enge Verknüpfung von Geld und Souveränität – dem Fehlen einer weltweiten politischen Macht entspricht das Fehlen eines internationalen Zahlungsmittels *sensu stricto*. Daß internationaler Zahlungsverkehr aber in großem Maßstab möglich ist, beweist auch, daß politische Souveränität keine unerläßliche Voraussetzung für das Funktionieren des Marktes ist“ (Cartelier 1998: 100).

Das soziale Verhältnis, das durch das Geld begründet wird, ist ein Schuldverhältnis, das sich als eine quantitative Beziehung zwischen Schuldner und

Gläubiger darstellt. „Daß auf den quantitativen Aspekt des Geldes soviel Nachdruck gelegt wird, ist berechtigt, denn diese Daseins- und Darstellungsform der Gesellschaft scheint allen anderen zunehmend den Rang abzulaufen“ (Cartelier 1998: 107). In der Tat kam es in den 90er Jahren zu einer ungeahnten Beschleunigung der Monetarisierung sozialer Beziehungen. Die quantitative Bewertung von Sozialem und Qualität, sei dies im Bereich von Bildung und Gesundheit oder der EZA, schritt rasant voran und ebnete der Monetarisierung den Weg. Weil alles, was nichts kostet, nichts Wert sei, werden allerorts Selbstbehalte eingeführt. Weil nicht endlos subventioniert werden soll, muß die finanziell-monetäre Nachhaltigkeit von Projekten bewiesen werden. Geld ist das universelle Äquivalent der EZA geworden, die nicht-monetarisierten Bereiche der EZA sind drastisch geschrumpft. Auch in den Entwicklungsländern gilt heute in immer größerem Maße, daß Geld das zentrale Grundbedürfnis der Armen ist, weil vor allem in den Städten nur mittels Geld Lebensstrategien verwirklicht werden können. Damit bekommt Geld für immer mehr Bevölkerungsgruppen einen zentralen Stellenwert: für die einen zur Sicherung ihrer Vermögen, für die anderen für die Grundbedürfnisbefriedigung.

## 2. Eine kurze Geschichte des Geldes

Nach diesem kurzen Überblick über geldtheoretische Grundkonzepte wende ich mich nun der Wirtschaftsgeschichte zu, um die Bedeutung der Geldpolitik veranschaulichen zu können. In den letzten 150 Jahren sind drei unterschiedliche internationale Geldregime zu unterscheiden: bis in die 30er Jahre des 20. Jahrhunderts der Goldstandard, nach dem Zweiten Weltkrieg der Dollar als Leitwährung im Bretton-Woods-System und schließlich seit 1973 die Phase flexibler Wechselkurse. Der in diesem Artikel vorgenommene wirtschaftsgeschichtliche Ausflug ersetzt keine detaillierte Analyse der Geschichte des internationalen Währungssystems (vgl. hierzu Eichengreen 2000), wohl aber läßt er zu grundsätzlichen Reflexionen ein. Ideologiekritisch ist dieser geschichtliche Rückblick vor allem vor dem Hintergrund eines wiedererwachten tiefen Glaubens der Liberalen an den Segen eines „gesunden“ Geldes (*sound money*) und ausgeglichener Budgets interessant. Hierbei lehne ich mich stark an Karl Polanyi an, der die Jahrzehnte des Regimes des Goldstandards und die damit verbundene Utopie eines sich selbst regulierenden Marktes beschreibt. Mit beeindruckender Klarheit zeigt er auf, daß es dieses liberale Credo war, welches jeglichen politischen Eingriff als eine Gefahr für die natürliche Ordnung des Marktes darstellte. Weiters dient der folgende kurze Überblick zur Darstellung von Idealtypen. Die vereinfachte Darstellung von drei historischen Idealtypen dient dazu, unterschiedliche politische Handlungsspielräume, die mit unterschiedlichen Währungsregimen einhergehen, aufzuzeigen.



## 2.1 Goldstandard und der stabile Außenwert der Währung

Im 19. Jahrhundert setzte sich die Welt erstmals aus einer Reihe von Nationalstaaten mit einer je eigenen Währung zusammen; die Briten mit dem Pfund, die US-Amerikaner mit dem Dollar und die Franzosen mit dem Francs. Der Goldstandard erlaubte den Wert von Pfund zu Dollar und Francs zu standardisieren, indem Gold die Funktion eines Weltgeldes, d.h. eines überall gültigen Wertmaßstabs und Zahlungsmittels, einnahm. Der Goldstandard lieferte eine wirtschaftspolitische Doktrin, die dem Gold die Rolle eines Weltgeldes, eines Wertmaßstabs und Zahlungsmittels zuwies. Der Goldstandard war ein System fixierter Wechselkurse, die Relationen änderten sich nicht und demnach führt der Goldstandard an sich dazu, daß Geld auf die Funktion eines Schleiers über den realen Prozessen reduziert wurde. Der Wettbewerb zwischen den Nationen sollte am Gütermarkt zu einem Wettbewerb zwischen Produzenten werden. Wer billiger und besser produzierte, konnte zu vorhersehbaren Preisen eine größere Menge am Auslandsmarkt absetzen. Tatsächlich wurde zwar kaum Gold und viel mehr Pfund gehandelt, Gold wirkte aber vor allem bei den schwächeren Währungen als eine Beschränkung einer zu großzügigen Geldpolitik. Francs waren zu einem fixen Wert in Gold umtauschbar, das wiederum zu einem fixen Wert in Dollar getauscht werden konnte. Der Goldstandard war eine Doktrin, die in den wenigsten Ländern der Peripherie funktionierte und trotzdem viele Jahrzehnte lang das geldpolitische Leitbild darstellte. „Der Historiker, der sich mit den wirtschaftswissenschaftlichen Darstellungen in Brasilien beschäftigt, wird über das eintönige Beharren überrascht sein, mit dem alles als fehlgeleitet und abnorm bezeichnet wurde, was im Land geschah: Die Inkonvertibilität, die Defizite und die Emissionen von Papiergeld. Diese Jahrhunderte alte „Abnormalität“ wurde jedoch kein Objekt systematischer Studien. Es wurde in der Tat kein ernsthafter Versuch unternommen, diese Abnormalität zu verstehen, die ja schließlich die Realität darstellte, in der man lebte. Alle Anstrengungen konzentrierten sich – und wie die Geschichte gezeigt hat, vergeblich – auf eine einzige Aufgabe, nämlich das Wirtschaftssystem den monetären Regeln zu unterwerfen, wie sie in Europa vorherrschten. Dieser enorme Aufwand an Mimikry, der auf einem unerschütterlichen Glauben an die Prinzipien einer Wirklichkeitsfremden Doktrin beruhte, zog sich bis in die ersten drei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts hinein“ (Furtado 1975: 131f.) ... und ist heute wiederum die vorherrschende wirtschaftspolitische Strategie. „Das Vertrauen in den Goldstandard war das Glaubensbekenntnis dieser Ära. Bei manchen war dies ein naiver, bei anderen ein kritischer, bei wieder anderen ein satanischer Glaube, der stillschweigenden Anerkennung im Fleische und Ablehnung im Geiste implizierte. Dennoch war der Glaube als solcher stets derselbe, nämlich daß Banknoten deshalb Wert hätten, weil sie Gold repräsentierten“ (Polanyi 1978: 47).

Der Goldstandard als das erste System fixer Wechselkurse als Grundlage eines globalen Systems kapitalistischer Marktgesellschaften machte – und dies nicht nur in der Theorie, sondern sehr wohl in der Praxis – die Anpassung an

Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität zu einer inneren Angelegenheit der Nation (Fiori 1999b). Wenn ein Land zu viel importierte, dann floß Geld-Gold ab, weshalb Geld im Inland knapp wurde. Der Wert knapper Güter stieg, so die Logik der Marktmechanik von Angebot und Nachfrage, und da der Wert des Geldes im Zins gemessen wurde, so stieg der Zinssatz. Deshalb wurden weniger Kredite für Investitionen und Konsum aufgenommen, die Nachfrage und damit das Volkseinkommen schrumpfte. Außenwirtschaftliche Defizite wurden gesenkt, indem eine Rezession in Kauf genommen wurde; eine Nachfrageanpassung im Inland sicherte den Außenwert der Währung, d.h. eine inländische Wirtschaftskrise half, den Wechselkurs zu stabilisieren. Neben diesem in den Lehrbüchern beschriebenen Ausgleichsmechanismus über die Handelsbilanz gab es noch den Mechanismus in der Kapitalbilanz, der ähnlich funktionieren sollte (dies aber selten tat). Die höheren Zinsen, die in Landeswährung geboten wurden, hatten auch den Zweck, den ausländischen Investoren die Veranlagung im Inland schmackhaft zu machen. Hohe Inlandszinsen dämpften somit einerseits die inländische Investitionstätigkeit und andererseits förderten sie die Investition ausländischer Anleger.

Diese ökonomische Mechanik funktionierte aber nur aufgrund eines bestimmten geopolitischen Verhältnisses, in dem die vier großen Weltmächte (England, USA, Deutschland und Frankreich) in der Geldpolitik zusammenarbeiteten. Die Zentralbanken der Zentrumsökonomien sicherten ihre Währungen gegenseitig, die Peripherie konnte auf derartige Hilfen nicht rechnen (vgl. Eichengreen 2000: 57–65). Der Goldstandard konnte jahrzehntlang als soziale Ordnung unbestritten bleiben, weil die Währungsstabilisierung die vorrangige politische Priorität war. Innenpolitische Zielsetzungen, wie z.B. die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit oder die Belebung der Volkswirtschaft, mußten sich dem unterordnen. Es gab keinerlei soziale Kräfte, die sich den international agierenden Kapitalinteressen entgegenstellen konnten. Die Arbeiter- und Bauernschaft konnte ihre Interessen kaum einbringen und damit auch nicht destabilisierend auf das Geldregime wirken. Der weitgehend freie Kapitalmarkt schuf eine klare Hierarchie sozialer Kräfte. Geld – wohlverstanden Geld als Zahlungsversprechen und nicht als Gold – konnte schon damals innerhalb kurzer Zeit von einem Ende der Welt zum anderen verschoben werden. Die Zentrumsökonomien exportierten massiv Kapital, die Auslandsnettoinvestitionen des Vereinigten Königreichs schwankten im Verhältnis zu ihren Inlandsinvestitionen Ende des 19. Jahrhunderts zwischen beachtlichen 74,6% (1881–90) und immer noch sehr hohen 34,4% (1891–1990) (Vidal 1998: 25).

## 2.2 Das eingebettete Geld: die nationalstaatszentrierte Entwicklungsweise

Für all die alten Herren, vom US-amerikanischen Ökonomen John Galbraith über Raul Prebisch, den Vater der Importsubstitutionspolitik, bis zu Eric Hobsbawm, den Historiker des „Age of Extremes“, gilt, daß „few who lived through the Great

Depression were unchanged by the experience" (Galbraith 1995: 186). Einige Jahrzehnte lang bildete das kollektive Gedächtnis an die Katastrophe der Weltwirtschaftskrise nach 1929 die Grundlage einer stärker interventionistischen Wirtschaftspolitik (Feldbauer et al. 1999). Heute scheint all dies vergessen. Die gegenwärtige geldpolitische Diskussion schließt nahtlos an die der 20er Jahre an, und hat für die Experimente nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kaum einen Funken an Verständnis. Und doch handelte es sich für die Staaten des Nordens mit Sicherheit um „goldene Jahrzehnte“ was sozialen Sicherheit, Frieden und Wohlstand betrifft. Aber auch in den Staaten des Südens, vor allem in den größeren und einigen dynamischeren unter ihnen, waren dies Jahrzehnte, in denen das globale Wohlfahrtsgefälle geringer wurde (Fiori 1999a: 37). Dies lag wesentlich daran, daß Gewerkschaften und Arbeiterparteien Themenfelder wie Arbeitsmarkt- und Industriepolitik zu wirtschaftspolitischen Schlüsselbereichen machten, die neben der Währungsstabilität ihren Platz einnahmen. Eine Reihe von Interessen forderten im nationalen Machtbehälter Maßnahmen ein, ohne den externen Beschränkungen allzu viel Bedeutung beizumessen. Gerade an der Peripherie wiesen regelmäßige Zahlungsbilanzkrisen zwar darauf hin, daß die Weltwirtschaft weiterhin kapitalistisch organisiert war, trotzdem waren außenwirtschaftliche Beschränkungen nicht automatisch gewichtiger als innenpolitische Überlegungen.

Die nationalstaatszentrierte Entwicklungsweise der Nachkriegszeit basierte auf dem Bretton Woods-Abkommen von 1944, welche den starren Goldstandard (in Wahrheit ein Gold-Pfund-Standard) in ein deutlich flexibleres System eines Dollar-Gold-Standards überführte. Fortan sollte die Weltbank die langfristige – reale – Entwicklung der peripheren Ökonomien ermöglichen, während der Internationalen Währungsfonds für den Ausgleich der, wie vermutet wurde, immer nur kurzfristigen monetären Instabilitäten verantwortlich wurde (Todaro 1997: 526ff.). Der Welthandel hatte nach dem 2. Weltkrieg einen Tiefstand erreicht, der internationale Kapitalverkehr war weitgehend zum Erliegen gekommen. Die meisten Währungen waren nach dem Krieg nicht konvertibel, d.h. sie wurden nur nach Maßgabe der Möglichkeiten von der Zentralbank zum Tausch freigegeben. Kapitalverkehrskontrollen sollten den internationalen Warenhandel stabilisieren und sicherten gleichzeitig den nationalen Währungsraum. Damit erreichte die nationale Geldpolitik eine Souveränität, die sie vorher und nachher nicht hatte. Die Zinspolitik richtete sich nach den Investitionserfordernissen heimischer Unternehmen, was ein niedriges und damit die Wirtschaft ankurbelndes Zinsniveau zur Folge hatte. Der Wechselkurs, der Außenwert der Geldes, wurde politisch festgelegt, und oftmals gab es auch verschiedene Wechselkurse für verschiedene wirtschaftliche Tätigkeiten. Abgesichert wurde dieser nationale Geldraum durch eine Handelspolitik, die Importe, vor allem die von Konsumgütern, behinderte und damit die Zahlungsbilanz entlastete. Hinzu kam, daß der Finanzsektor seine wesentliche Aufgabe in der Finanzierung realwirtschaftlicher Investitionen sah und es daher keine Dominanz des kurzfristorientierten Finanzüber das eher langfristorientierte Produktivkapital gab.

Die nationalstaatszentrierte Entwicklungsweise vergrößerte den politischen Handlungsspielraum gegenüber dem Goldstandard-Regime deutlich. Diktatoren nutzten ihn anders als demokratische Regierungen, große Staaten anders als Kleinststaaten. In allen Fällen aber hatten die politischen Machthaber in ihrem Machtraum etwas zu sagen, konnten Maßnahmen setzen, die die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung nachhaltig veränderten. Werden grobe Indikatoren wie Wirtschaftswachstum, Industrialisierung oder der Ausbau des Bildungs- und Gesundheitssystems herangezogen, handelte es sich im großen um durchaus erfolgreiche Jahrzehnte (vgl. Becker 1997). Die interventionistische und nationalstaatszentrierte Wirtschafts- und Geldpolitik kann demnach nicht so schlecht sein, wie heute gemeinhin unterstellt wird.

### 2.3 Kapitalmarkt und Budget: Knotenpunkte gegenwärtiger gesellschaftlicher Auseinandersetzung

Die Balance zwischen innen- und außenwirtschaftlichen Interessen verschob sich mit dem Ende des Bretton Woods Systems 1973 und mit der Schuldenkrise der 80er Jahre schlagartig. Der Zusammenbruch der Dollar-Gold-Bindung führte zu einem multipolaren Währungsraum und zu einem starken Bedeutungsgewinn des Devisenmarktes, auf dem Geld von politischen Autoritäten nur schwer kontrolliert werden kann. Die Schwankungen der Wechselkurse und Zinssätze wurden zu wichtigen Faktoren im wirtschaftlichen Wettbewerb der Nationen und wurden zu einem wesentlichen Auslöser der Schuldenkrise der Entwicklungsländer. Damit verschob die Abhängigkeit von neuen Krediten, von *fresh money*, binnen kurzer Zeit das Machtgefüge. Die nationalstaatlichen Akteure und das Industriekapital mußten dem Finanzkapital immer mehr Zugeständnisse machen. Anfangs reichten die Erhöhung der Zinsen und die verstärkten Bemühungen zur Bedienung des Schuldendienstes. In den Jahren nach dem Ausbruch der Schuldenkrise wurden die Entwicklungsländer sogar erstmals in ihrer Generation zu Nettokapitalexporturen, ein Aderlaß, der erklärt, warum es sich in den 80er Jahren um eine verlorene Dekade handelte. Neues Geld floß kaum in den Süden, während der Süden seinen Schuldendienst brav bediente, ohne zu verhindern, daß der Gesamtschuldenstand von 1980 bis 1997 von 603 auf 2.171 Mrd. US\$ anstieg (Küblböck 1999: 281). Diese Rolle als Nettokapitalexporteur war historisch einzigartig, denn seit der kolonialen und postkolonialen Eingliederung in die Weltwirtschaft war die Peripherie Empfängerin von Kapital. Die internationalen Finanzorganisationen und das Finanzkapital drängten deshalb genau mit dem Argument, daß diese nur so wieder zu Kapitalimporteuren werden könnten, auf eine Öffnung der Kapitalmärkte der Schuldnerländer. Tatsächlich konnte sich das Finanzkapital mit seiner Forderung nach der Liberalisierung der Kapitalmärkte durchsetzen. Das anlagesuchende Kapital aus dem Norden hatte somit eine weitere Option, wo – unter investorenfreundlichen Bedingungen – Geld einen lukrativen, wenngleich viel weniger sicheren Hafen



finden konnte. Der Sicherheit im Norden stand von nun an der erhöhte Ertrag in den *emerging markets* gegenüber. Dieser Ertrag errechnet sich aus zweierlei: zum einen den Realzinsen, d.h. den nominell gezahlten Zinsen abzüglich der Inflationsrate, und zum anderen dem Wechselkurs. Das Währungsrisiko setzt sich hierbei aus der Abwertungsgefährdung, der Schwankungsanfälligkeit der Währung und der Leichtigkeit, mit der Geld abgezogen werden kann, zusammen. Ist das Inflations- und Währungsrisiko gering, spricht nichts gegen eine Investition im *emerging market*. Kaum ziehen aber Gewitterwolken am globalen Konjunkturmilieu auf, dann flüchtet das Geld – scheu wie ein Reh – zurück in den sicheren Schoß von Wallstreet und in den Kauf von Staatsschuldscheinen der US-Regierung. Der freie internationale Kapitalmarkt führt deshalb zu einer erhöhten „Volatilität“, d.h. zu größeren Schwankungen im Investitionsverhalten, was die Planbarkeit der Entwicklungspolitik stark beeinträchtigt, wie die internationalen Finanzorganisationen Ende der 90er Jahre erkannten (Fernández-Arias, Hausmann 2000a und b).

Mit dem international deutlich höherem Zinsniveau und zunehmend liberalisierten Kapitalmärkten waren die institutionellen Eckpfeiler des nationalstaatszentrierten Entwicklungsmodells zerstört und eine neue Ordnung bildete sich heraus, die große Ähnlichkeiten mit dem oben beschriebenen Modell des Goldstandards aufwies. Es gibt aber zwei große Unterschiede: zum einen ist trotz Direktinvestitionseuphorie in den 90er Jahren der Kapitalfluß von Nord nach Süd viel geringer und unregelmäßiger als in der Zeit des Goldstandards und der kolonialen Ordnung (Vidal 1998: 12). Zum anderen sind die meisten Staaten des Südens heute Demokratien. Die Demokratie beinhaltet eine potentielle Gefahr für die internationale Wirtschaftsordnung: das Volk könnte auch innenpolitische oder nicht-ökonomische Zielsetzungen als bedeutsamer einschätzen als freie globale Kapitalmärkte. Deshalb muß die Demokratie jeglicher substantieller Bedeutung beraubt und auf das Auswählen unter kaum unterscheidbaren Eliten reduziert werden. Darüber hinaus muß die bestehende Ordnung als alternativenlos dargestellt werden und müssen potentielle Abweichler hart bestraft werden. Auch der ideologischen Absicherung von Struktur Anpassungsprogrammen muß mehr Bedeutung geschenkt werden als zur Zeit des Kolonialismus.

Es ist diese neue, wiewohl altbekannte Ordnung, die das Feld der EZA heute strukturiert. Das neue internationale Geldregime hat die alte räumliche Macht-hierarchie zwischen Zentrum und Peripherie, welche sich zwischen 1950 und 1970 aufzuweichen begann, erneut verfestigt. Bis 1973 war der US-Dollar das Weltgeld und Wertmaßstab internationaler Transaktionen. Diese Rolle hat er teilweise eingebüßt. Gleichzeitig jedoch hat der freie Kapitalmarkt dazu geführt, daß Kreditgeld gegenüber Papiergeld bestimmend wurde. Der Wertmaßstab des Kreditgelds ist aber das US-amerikanische Zinsniveau, und die Staatsschuldscheine der USA sind die sichersten Anlagen, welche Vergleichsmaßstab für die Rentabilität aller Investitionen werden. In diesem Schlüsselbereich ist die US-Vorherrschaft ungebrochen (Tavares, Fiori 1997). Die Nationen mit starken Währungen, der Dollar- und eingeschränkter auch der Euro- und Yen-Raum,

konzentrieren den globalen Reichtum, die Nationen mit schwachen Währungen sehen sich vor unerfreuliche Alternativen gestellt: entweder binden sie sich an einen Währungsraum mittels Currency Board, Francs-Zone oder Dollarisierung. Dann geben sie ihre geldpolitische Souveränität auf, was sie von der Nation und der Währung, in die sie ihre verankerten, abhängig macht. Jedoch verfügen sie dann in der rauhen See der Weltwirtschaft über einen stabilen Anker. Die andere Alternative wäre ein frei schwankender Wechselkurs, was die Über- und Unterbewertung der Währung verhindert. Ein marktkonformer Wechselkurs wäre die Folge, internationale Schwankungen würden aber sofort im Land selber spürbar werden, die wirtschaftspolitische Planbarkeit wäre gering (für einen dritten Weg der stabilitätsorientierten Unterbewertung argumentiert Schelle in diesem Heft).

### 3. Der Blick hinter den Schleier: wie mit Geld Politik gemacht wird

Die Geschichte des Geldes kann als die Geschichte einer Sozialmechanik dargestellt werden, wie dies die Wirtschaftswissenschaften gemeinhin tun; sie kann aber auch als Geschichte sozialer Auseinandersetzungen gesehen werden, wie dies mittels einer transdisziplinären Entwicklungsforschung möglich wird. Wie selbst Laien der Physik wissen, ist seit Einsteins Relativitätstheorie die Newtonsche Physik zwar überholt, gleichwohl bleibt ihre praktische Relevanz bestehen. Genauso wenig sind die wirtschaftswissenschaftlichen Einsichten einfach falsch, es ermangelt ihnen bloß der weitere Blick auf die Gesellschaft als Ganzes. Geld ist für eine transdisziplinäre Entwicklungsforschung dann nicht bloß ein Schleier, den Geldpolitiker mißbrauchen, oder eine Ware, dessen Preis falsch festgesetzt wird, sondern eine soziale Institution, die Ausdruck politischer Kräfteverhältnisse ist. Im nationalstaatszentrierten Entwicklungsmodell konnten nationale und soziale Bewegungen sicherstellen, daß sich die Wirtschaftspolitik auch an binnenwirtschaftlichen Zielen orientierte. Im Goldstandard dominierte die Währungspolitik. Gegenwärtig wird im Zentrum und an der Peripherie alles unternommen, den Primat der außenwirtschaftlichen Orientierung wiederherzustellen. Dazu ist die Zerstörung der nationalen und sozialen Kräfte notwendig, die sich um den Nationalstaat gruppierten. In Amerika und Afrika ist dies weitgehend gelungen; in Europa und Asien erlitten die Arbeiterbewegung und nationalistischen Kräfte in den letzten Jahren schwere Niederlagen. Was die Struktur der sozialen Auseinandersetzung betrifft, weisen die 80er und 90er Jahre große Gemeinsamkeiten mit den 20er und 30er Jahren auf. Auch schon damals rankte sich die politische Auseinandersetzung um Geld und Budget. Nochmals soll hier Polanyi zitiert werden:

„Sozialer Schutz und Eingriffe in die Währung waren nicht nur ähnliche, sondern häufig identische Probleme. Seit der Errichtung des Goldstandards wurde die Währung vom steigenden Lohnniveau ebenso stark bedroht wie durch direkte Inflation – beide konnten zu einem Rückgang der Exporte und schließlich

zum Rückgang der Valuta führen. Dieser einfache Zusammenhang zwischen den beiden Grundformen der Intervention wurde in den zwanziger Jahren zu einem entscheidenden politischen Faktor. Gruppen, die um die Festigkeit der Währung besorgt waren, protestierten gegen drohende Budgetdefizite ebenso wie gegen eine Politik des billigen Geldes, stellten sich somit gegen eine 'fiskalische Inflation' ebenso sehr wie gegen eine 'Kreditinflation', das heißt, einfacher gesagt, verurteilten Soziallasten und hohe Löhne, Gewerkschaften und Arbeiterparteien. Nicht die Form, sondern der Inhalt war wichtig, und wer sollte daran zweifeln, daß uneingeschränkte Arbeitslosenunterstützungen ein Budget ebenso aus dem Gleichgewicht bringen könnten, wie ein zu niedriger Zinssatz steigende Preise zur Folge haben könnte – mit den gleichen schlimmen Folgen für die Valuta? Gladstone hatte das Budget zum Gewissen der Nation erhoben. Bei weniger prominenten Persönlichkeiten mochte eine stabile Währung an die Stelle des Budgets treten. Aber das Resultat war recht ähnlich. Ob nun Löhne oder Sozialleistungen gekürzt werden mußten, die Folgen einer Nichtkürzung waren vom Marktmechanismus unausweichlich vorgezeichnet. ... Es bedurfte keiner Priesterei der Banken (obwohl es diese Priesterei gab), um dem Volk die Alternativen aufzuzeigen; eine gesunde Währung und ausgeglichene Budgets auf der einen Seite, verbesserte Sozialleistungen und entwertetes Geld auf der anderen, gleichgültig, ob diese Entwertung durch hohe Löhne und sinkende Exporte oder einfach durch öffentliche Verschuldung verursacht wurde. Mit anderen Worten: es mußte entweder zu einer Verringerung der Sozialleistungen oder zu einem Sturz der Valuta kommen." (Polanyi 1978: 302f.)

Wem fallen die Ähnlichkeiten mit heute nicht auf? Die dominante Rhetorik von gesundem Geld und ausgeglichenem Budget präsentiert sich als wertfreie ökonomische Weisheit und ist aber zutiefst ideologisch. Kein Ökonom kann beweisen, warum 0% Inflation anstrebenswert ist, genausowenig wie keine Ökonomin erklären kann, warum ein Nulldefizit besser ist als moderate Überschüsse oder Defizite. Für den Staat gilt genauso wie für die Wirtschaft als Ganzes, daß Verschuldung sinnvoll sein kann – nicht in jeder Situation und schon gar nicht übermäßig. Warum plötzlich allerorten der Geld- und Budgetpolitik diese Schlüsselrolle zukommt, ist nur verständlich, wenn gesehen wird, daß es hinter dem Schleier diesen scheinbar bloß geld- und budgettechnischen Fragen um die Etablierung einer neuen sozialen Ordnung geht. In einem weltwirtschaftlichen System freier Kapitalmärkte ist das Vertrauen (*trust*), das die Vermögensbesitzenden im In- und Ausland gegenüber den währungspolitischen Instanzen haben, von entscheidender Bedeutung. Dieses Vertrauen in ein Land beeinflusst die Höhe der Direktinvestitionen; das Vertrauen in die Regierung die Höhe der vergebenen Kredite. Eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst das Vertrauen gegenüber einem Land und einer Währung: die Stärke der Exportwirtschaft und damit ein moderates Lohnniveau, das „wirtschaftsfreundliche“ Klima für Investitionen und damit geringe Gewinnsteuern usw. Die *credibility*, die Glaubwürdigkeit, die die Politik durch das Vertrauen der Besitzenden erlangt, ist deshalb von so

großer Bedeutung, weil es diese Interessen sind, die die Geld- und Wirtschaftspolitik in immer größerem Ausmaß bestimmen. Das neue Geldregime geht mit einer neuen Hierarchie sozialer Kräfte einher. Instabilitäten des Geldregimes, wie sie in den 80er und 90er Jahren in vielen Entwicklungsländern zu beobachten waren, waren Geburtswehen dieser neuen Ordnung. Weil die alten Kräfte des Nationalstaats damals noch imstande waren, Widerstand zu leisten, und die neuen Kräfte globalisierter Finanzmärkte auf die Durchsetzung eines neuen Regimes drängten, kam es zu geldpolitischen Unordnungen.

Der Kreuzzug für ausgeglichene Budgets eignete sich bestens, die soziale Auseinandersetzung zuungunsten nationaler und sozialer Kräfte zu beeinflussen. So konnte scheinbar wertfrei und objektiv die Einschränkung von Staatsfunktionen durchgesetzt werden, die in weniger ideologisierten Diskussionen nicht antastbar wären – wie z.B. das Gesundheits- und Bildungswesen oder die Sozialversicherung. Für WirtschaftshistorikerInnen schwer nachvollziehbar, für den Hausverstand des pater familias, der auch nicht mehr ausgehen kann als er einnimmt, aber durchaus einsichtig, setzt sich global eine neue Moral des vernünftigen Wirtschaftens durch, die allen nationalen Ökonomen die gleiche Logik aufzwingt: Lohnkürzungen und Sozialabbau zugunsten monetärer Stabilität. Die Schlüsselrolle, die so ein unklares Konzept wie Vertrauen (*trust*) in scheinbar knallharten ökonomischen Kalkülen spielt, zeigt das ideologische Element der Argumentation für gesundes Geld und ausgeglichene Budgets: statt Sozialabbau führen rein budgettechnisch Solidaritätsbeiträge der Reichen und Vermögenssteuern zum selben Ergebnis: statt Lohnkürzungen könnte durch Gewinnkürzungen und Qualitätssteigerung der gleiche Effekt am Exportmarkt erzielt werden. Wie Marques-Pereira (1998) zeigte, war die geldpolitische Offensive in den inflationsgeplagten lateinamerikanischen Staaten ideologisch besonders erfolgreich, da bis heute das Damoklesschwert der Hyperinflation über jeglichem Versuch der demokratisch-politischen Steuerung von Geld schwebt. Argentinien, das eine besonders traumatische Inflationserfahrung in den 80er Jahren durchmachte, ging in der Folge mit seinem Modell eines Currency-Boards, der die Landeswährung Peso direkt und per Gesetz an den US-Dollar koppelt, in dieser Hinsicht am weitesten. Dieses Modell, das einer Dollarisierung schon sehr nahe kommt, ermöglicht eine Stabilisierung des Wechselkurses zumindest gegenüber dem wichtigen Handelspartner USA. Die Folge ist jedoch, daß das Land nun schon mehrere Jahre lang in einer immer tieferen sozialen Krise versinkt und eine immer weitergehende Demontage des Staates vornehmen muß, um vom Ziel eines ausgeglichenen Budgets nicht allzu weit abzuweichen. Brasilien hat diesen Weg der Dollarisierung nur ansatzweise beschritten, in Mexiko ist fraglich, ob sich das Land einer US-bestimmten Wechselkursstabilisierung entziehen wird können.

Die EZA hat es im Norden und Süden scheinbar nur mit der Fiskal-, nicht aber mit der Geldpolitik zu tun. Bedauerlich sind bei uns die Kürzungen der EZA, beklagenswert die geringen Budgets für Gesundheit und Bildung im Süden. Doch all dies wäre ohne eine bestimmte Geldpolitik kaum durchsetzbar. Die



Rechtfertigung einer Geldtheorie, die Geld verarmlost und als neutral, unwichtig und bloßen Schleier abtut, stellt eine Waffe dar, deren Wert für die Entwicklungstheoretische Auseinandersetzung nicht überschätzt werden kann. Der Siegeszug des Liberalismus ließ diesen im Laufe der letzten 20 Jahre immer verwegener werden. Im Gefolge der Demokratisierung der 80er Jahre und der damit zusammenhängenden gleichzeitigen Kritik an Autoritarismus und Zentralstaat wurde in guter alter liberaler Tradition die Liberalisierung des Außenhandels und der Privatisierung öffentlicher Unternehmen gefordert. Doch begnügte sich der liberale Reformeifer nach gelungener Entstaatlichung nicht länger damit; in einem zweiten Schritt wurde das gesamte staatliche Handeln unter den Primat von Markt und Wettbewerb gestellt: Es folgte die Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur von Bahn und Strom bis zu Wasser und Straßen. Nachdem aber einmal jede Beschränkung von Markt und Wettbewerb als wirtschaftsfeindlich wahrgenommen wurde, erschien auch die Privatisierung von Gesundheit, Bildung und Altersvorsorge als wünschenswert (vgl. Novy 2000). Diese Politik, die Brasilien mit jedem neuen Mißerfolg radikalisierte, führte unter Mithilfe von Weltbank und Währungsfonds und entgegen aller Rhetorik zu einer dramatischen Verschärfung seiner Verschuldungssituation. Die Auslandverschuldung, sprich die Verschuldung Privater und des Staates im Ausland – stieg von 74,0 Mrd. US (1981) trotz (oder wegen?) zahlreicher Strukturanpassungsprogramme kontinuierlich: 114,4 Mrd. US\$ (1988), 148,3 Mrd. US\$ (1994) und letztlich 241,1 Mrd. (1999) (www.bcb.gov.br). Seit fünfzehn Jahren benützen die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger die liberale Rhetorik der Budgetsänierung, seit 1994 hat der liberale Eifer Kreuzzugscharakter angenommen. Weil aber der brasilianische Staat von 1994 bis 1999 jedes Jahr zwischen 3,3% und 7,5% des Volkseinkommens für Zinszahlungen ausgeben mußte, explodierte das Budgetdefizit von 29,9% 1995 auf 47,0% 1999 (www.bcb.gov.br): Zusammengefaßt kann festgestellt werden, daß zwanzig Jahre Strukturanpassungsprogramme und fünf Jahre Rhetorik der Budgetbekämpfung und des Sozialabbaus – in Brasilien, aber auch in vielen anderen Staaten Lateinamerikas – zu einem historischen Anhäufen von Schulden führte. Weltbank und Währungsfonds erklären dies weitgehend über reale Phänomene: zu viele Beamte, zu viele Unis, zu teure Pensionen – sprich: die Entwicklungsländer leisteten sich zu viel an Sozialstaatlichkeit. Monetäre Krisenursachen werden demgegenüber als zweitrangig dargestellt, was aufgrund der vorliegenden Überlegungen hoffentlich nicht länger als sehr glaubwürdig gelten kann.

Auch das entwicklungspolitische Feld ist klar strukturiert: Budgets sind umkämpft, Geldpolitik außer Streit gestellt. Weil aber gegenwärtig die Geldpolitik nur darauf aus ist, den Innen- und Außenwert der Währung stabil zu halten, lastet auf der Fiskalpolitik die gesamte wirtschaftspolitische Verantwortung. Der spezifische Zusammenhang, den liberale Wirtschaftspolitik zwischen Geld- und Fiskalpolitik herstellt, muß verstanden werden, um Ansatzpunkte für neue Handlungsspielräume zu gewinnen. Die behauptete Unabänderlichkeit von Geldpolitik führt nämlich zu einer massiven Politisierung der Fiskalpolitik. Es

werden immer neue geldpolitische Sachzwänge konstruiert (der „Markt“ fordere hohe Zinsen, die „Investoren“ fordern eine starke Währung), die den geldpolitischen Entscheidungsträgern die Macht geben, der Geld- und Währungsstabilisierung alle anderen politischen Zielsetzungen zu opfern. Den restlichen politischen Entscheidungsträgern obliegt dann die Minimierung der Lasten, die aus dieser Geldpolitik resultieren. Nicht selten hat dies einen Hyperaktivismus zur Folge, weil die Geldpolitik einem Gürtel gleich Wirtschaft und Gesellschaft einschnürt. So wurden in Argentinien heuer trotz Antritt einer neuen Regierung zuerst die Löhne der Beamten bloß nicht erhöht, doch wenige Monate später mußten sie wegen des explodierenden Budgetdefizits gesenkt werden. Wir stehen somit vor einem liberalen Paradoxon: die, die immer weniger Politik wollen, setzen immer neue Maßnahmen in immer neuen Politikfeldern: Von Kleinkreditprogrammen bis zur Bettenauslastung im Gesundheitsposten der kirchlichen NGO entgeht nichts der politischen Kontrolle via Evaluierung; die Kürzungen im Sozialbereich machen nicht selten höhere Ausgaben für den Sicherheitsapparat erforderlich.

Angesichts der Fragilität des Geldregimes gilt für große Teile der Peripherie heute sicherlich erneut, was Polanyi seinerzeit schrieb: „Die Überlegungen, die der Geschäftsmann, der Arbeiter oder die Hausfrau anstellten, der Bauer, wenn er den Anbau plante, die Eltern, wenn sie die Chancen ihrer Kinder erwogen, oder die Liebenden, die heiraten wollten, das alles war von der Geldpolitik der zentralen Notenbank mehr beeinflusst als von irgendeinem anderen Faktor. Und wenn dies für die Zeiten einer stabilen Währung galt, so galt es noch viel mehr in einer Zeit, in der die Währung unsicher war und Entscheidungen über Inflation oder Deflation gefällt werden mußten. Politisch wurde die Identität einer Nation von der Regierung bestimmt, wirtschaftlich von der zentralen Notenbank“ (Polanyi 1978: 276). Wenn Börsenreports und Wirtschaftsnews die Stimmung der Mittelschicht bestimmen, wenn die Arbeiterschaft und die Bauern immer neue Opfer für die Stabilisierung der Währung bringen müssen, dann sollte auch die EZB erneut den Zusammenhängen von Geld und Entwicklung nachspüren. Ansatzpunkte gibt es genug: sei dies die Verschuldungsproblematik, die lange Zeit die entwicklungspolitische Diskussion bestimmte (Sangmeister 1993, Raffer 1999), oder der fiskalpolitische Würgegriff, dem Entwicklungs- und Sozialpolitik durch den Primat ausgeglichener Budgets ausgesetzt sind. Das geldpolitische Establishment vermittelt gegenwärtig ein sehr technokratisches und politikritisches Selbstverständnis, was dazu verleiten könnte, Forderungen nach einer Re-Politisierung zu erheben. Aber auch in einer Welt, die sich als freie Marktwirtschaft organisieren will, intervenieren entgegen aller Rhetorik mächtige Gruppen – nicht nur Bill Gates' Microsoft, sondern auch Nationalbanken und der Währungsfonds – regelmäßig in den Märkten. Es scheint mir daher angebracht über eine neue Struktur des Geldregimes nachzudenken, in dem die Entscheidungen demokratischer, transparenter und unter Einbindung breiterer Bevölkerungsschichten erfolgen. Ein erster Schritt in diese Richtung bestünde darin, die Macht bloßzustellen, welche



Geld als Waffe in den sozialen Auseinandersetzungen im Zentrum und an der Peripherie benutzt.

## Abstracts

*This article consists of three parts: a theoretical, a historical and a political one. It starts by presenting the dominant economic theory of money which sees money as a veil that lays above real economic processes. Following this point of view, money is supposed to be a neutral medium if it would not be distorted by political interventions. Contrary to this, I will present a social science based approach that conceptualises money as a social institution which reflects political power relations. In a second part three types of monetary regime are analysed: the gold standard before World War I, the nationally controlled money of the Bretton Woods system and the internationalised monetary regime thereafter. In a third part one can make important conclusions about the way how money is used to make politics. For about 20 years the apparent neutrality of monetary politics has produced increasing pressure on fiscal policies and, thereby, contributed to a destruction of the mode of development centered on the nation-state.*

*Der Artikel teilt sich in drei Teile, einen theoretischen, einen historischen und einen politischen. Eingangs wird die dominante wirtschaftswissenschaftliche Geldtheorie dargestellt, die Geld bloß als einen Schleier über den realen wirtschaftlichen Prozessen sieht. Geld wäre demnach ein neutrales Medium, würde die Politik nicht Verzerrungen produzieren. Dem stelle ich einen sozialwissenschaftlichen Ansatz gegenüber, wonach Geld eine soziale Institution ist, in der sich politische Kräfteverhältnisse widerspiegeln. Im zweiten Teil werden drei Typen des Geldregimes analysiert: der Goldstandard vor dem Ersten Weltkrieg, das national kontrollierte Geld der Periode des Bretton-Woods-Systems und das internationalisierte Geldregime danach. Im dritten Teil können dann Schlüsse darüber gezogen werden, wie mit Geld Politik gemacht wird. Seit rund 20 Jahren produziert die vermeintliche Neutralität der Geldpolitik einen immer massiveren Druck auf die Fiskalpolitik und hat auf diese Weise zur Zerstörung der nationalstaatszentrierten Entwicklungsweise beigetragen.*

## Literatur

- Becker, Joachim. 1997. Entwicklungsmodelle, Internationalisierung und Verteilung. In: Raza, W., Novy, A. Nachhaltig reich – nachhaltig arm? Frankfurt am Main: Brandes & Apse/Südwind: 135–173.
- Cartelier, Jean. 1998. Das Geld. Ausführungen zum besseren Verständnis. Anregungen zum Nachdenken. Domino Band 9. Bergisch Gladbach: BLT.
- Eichengreen, Barry. 2000. Vom Goldstandard zum EURO. Die Geschichte des internationalen Währungssystems. Berlin: Wagenbach.

- Feldbauer, Peter, Gerd Hardach, Gerhard Melinz. Hg. 1999. Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise (1929–1999). Wohin treibt die Peripherie? HSK 15 Internationale Entwicklung. Frankfurt: Brandes & Apse/Südwind.
- Fernández-Arias, Eduardo, Ricardo Hausmann. 2000a. Getting it Right: What to Reform in International Financial Markets. Inter-American Development Bank. Research Department. Working Paper 428.
- Fernández-Arias, Eduardo, Ricardo Hausmann. 2000b. What's Wrong With International Financial Markets?. Inter-American Development Bank. Research Department. Working Paper 429.
- Fiori, José Luis 1999a. Introdução: De volta a questão da riqueza de algumas nações. In: Estados e moedas no desenvolvimento das nações. Rio de Janeiro: Vozes, 11–46.
- Fiori, José Luis. 1999b. Estados, moedas e desenvolvimento. In: Estados e moedas no desenvolvimento das nações. Rio de Janeiro: Vozes, 49–86.
- Galbraith, John Kenneth. 1995. Money. Whence it came, where it went. London: Penguin.
- Kübböck, Karin. 1999. Investitionen, Handel und Verschuldung – globale Trends und Fakten. In: Parnreiter, Christoph et al. Globalisierung und Peripherie. Neustrukturierungen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Historische Sozialkunde 14. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apse/Südwind: 259–282.
- Marques-Pereira, Jaime. 1998. Geld, politische Legitimität und regionale Integration in Lateinamerika. In: Journal für Entwicklungspolitik 2/98: 39–152.
- Novy, Andreas et al. 1999. Globalisierung und Peripherie. In: Parnreiter, Christoph et al. Globalisierung und Peripherie. Neustrukturierungen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Historische Sozialkunde 14. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apse/Südwind: 9–34.
- Novy, Andreas, Ana Fernandes. 1999. Krise als Normalzustand? Kleine und große politökonomische Veränderungen in Brasilien. Feldbauer, Peter, Gerd Hardach, Gerhard Melinz. Hg. 1999. Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise (1929–1999). Wohin treibt die Peripherie? HSK 15 Internationale Entwicklung. Frankfurt: Brandes & Apse/Südwind: 161–182.
- Novy, Andreas. 2000. Verschuldungs- und Finanzkrisen als Wegbereiter der sozialliberalen Hegemonie. In: Finanzkrisen im Übergang zum 21. Jahrhundert – Probleme der Peripherie oder globale Gefahr? Marburg: Metropolis.
- Polanyi, Karl. 1978. The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Raffer, Kunibert. 1999. Das „Management“ der Schuldenkrise: Versuch wirtschaftlicher Sanierung oder Instrument neokolonialer Dominanz? In: Parnreiter, Christoph et al. Globalisierung und Peripherie. Neustrukturierungen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Historische Sozialkunde 14. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apse/Südwind: 95–113.
- Sangmeister, Hartmut. 1993. Das Verschuldungsproblem. In: Nohlen, Dieter, Franz Nuscheler: Handbuch der Dritten Welt. Band 1: 328–359.
- Schekle, Waltraud. 1995. Motive ökonomischer Geldkritik. In: Schekle, W., M. Nitsch. Rätsel Geld. Annäherungen aus ökonomischer, soziologischer und historischer Sicht. Marburg: Metropolis: 11–44.
- Schekle, Waltraud. Im Erscheinen. The Development Paradigm in Economics – Comment on T. N. Srinivasan. In: Schekle, W., H. Krauth, M. Kohli, G. Elwert. Hg. Paradigms of Social Change: Modernization, Transformation, Development, and Evolution, Frankfurt am Main.
- Tavares, Maria da Conceição, José Luís Fiori. Eds. 1998. Poder e dinheiro. Uma economia política da globalização. Petrópolis: Vozes.

Todaro, Michael P. 1997. *Economic Development*. Sixth Edition. Reading: Addison-Wesley.  
 Vidal, Jean-François. 1999. Internationalisierung, Regulation und politische Ökonomie.  
 Ein Vergleich der Perioden 1880–1913 und 1970–1995. In: *Kurswechsel* 1/98: 11–23.

Andreas Novy, *Wirtschaftsuniversität Wien*,  
 Rossauer Lände 23, A-1090 Wien

Journal für Entwicklungspolitik XVI/2, 2000, S. 209–231

## Waltraud Schelkle Geldpolitik, Währungsstabilität und Entwicklung

### 1. Einleitung

Was hat Geldwertstabilität mit Entwicklung zu tun? Wird dieser Zusammenhang, zum Beispiel in Programmen des Internationalen Währungsfonds (IWF), nur hergestellt, um die Interessen der Vermögenden zu verteidigen und zwar zu Lasten der Vielen, die unter hohen Zinsen und Kürzungen von Sozialleistungen zu leiden haben? Erneuern Stabilisierungsprogramme nicht nur immer wieder den Zyklus von kreditfinanziertem Wachstum, Verschuldung und Zahlungsbilanzkrise, an dessen Ende erneut ein Stabilisierungs- und Anpassungsprogramm steht? Viele entwicklungspolitisch engagierte werden die in diesen Fragen anklingende Skepsis gegen Geldwirtschaft, Stabilisierung und IWF teilen, wie sie einleitend in diesem Heft auch A. Novy zum Ausdruck bringt.

Dagegen versuche ich deutlich zu machen, warum die Etablierung eines stabilen Geldes nach innen und einer „harten“ Währung nach außen nicht nur ein quasi-religiöser Glaubenssatz der herrschenden Wirtschaftswissenschaft ist. Geldwertstabilität hat m.E. sehr wohl mit Entwicklung im herkömmlichen Verständnis zu tun. Sie nützt selbstverständlich den Vermögenden, aber auch den Vielen, den ärmeren Bevölkerungsschichten. Wer dies entwicklungspolitisch vernachlässigt, schadet ihnen nicht nur kurzfristig, wie das bei Vermögensden der Fall ist, sondern auch langfristig.

Dies wird im zweiten Abschnitt auf sehr grundsätzliche Weise ausgeführt. Dann gehe ich genauer darauf ein, wie vor diesem Hintergrund die Geldwertstabilisierung in einem Entwicklungsland auszusehen hat, um entwicklungsförderlich zu sein. Die vorgeschlagene Strategie der stabilitätsorientierten Unterbewertung einer Währung zielt darauf ab, ein Entwicklungsland zu entschulden und dadurch eine Senkung des langfristigen Marktzinssatzes zu erreichen. Was so technisch klingt und weit entfernt vom normalen Leben scheint, hat unmittelbare Bedeutung für den individuellen Lebensstandard. Sie wird meist erst in der Krise erkennbar, wenn sich makroökonomische Bedingungen für das Prozedieren des Einkommenskreislaufes als schmerzhaft restriktiven bemerkbar machen. Im vierten Abschnitt wird diese monetäre Entwicklungsstrategie mit der Geldpolitik kontrastiert, wie sie die Spielregeln eines Currency Boards (CB) erfordern. Dieses soll ein Regime „super-fixer“ Wechselkurse errichten, um so die gesamte Wirtschaftspolitik eines Landes zu disziplinieren. Es wird angedeutet, inwiefern meine Kritik an CBs auch auf IWF-Stabilisierungsprogramme zutrifft. Der letzte Abschnitt faßt zusammen.